

Gestörtes Vertrauen – die Grenzen innereuropäischer Rechtshilfe

Dr. Cuno Tarfusser, ehemaliger Richter und stellvertretender Präsident des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag, italienischer Staatsanwalt

Prof. Dr. Dr. h.c. Martin Heger, Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht, Europäisches Strafrecht und Neuere Rechtsgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin

Rechtsanwalt Sven Richwin, Berlin, Verteidiger der bereits nach Ungarn ausgelieferten Maja T.

Journalistin Sugárka Sielaff, Hungarologin, Berichterstattung für Arte, NDR, Die Zeit und Eurotopics, ausgezeichnet mit dem alternativen Medienpreis „Medienkritik“

Moderation: Rechtsanwalt Dieter Magsam, Hamburg

Podiumsdiskussion

zu den Auslieferungen nach Ungarn im so genannten „**Budapest-Komplex**“ wegen des Vorwurfes der Beteiligung an Protesten gegen einen internationalen rechtsextremen Aufmarsch in Ungarn im Februar 2023

Veranstaltung des Lehrstuhles für Deutsches, Europäisches & Internationales Strafrecht, Strafprozessrecht & Digitalisierungsrecht, Prof. Dr. Kai Cornelius im Rahmen der Reihe „Hamburger Forum zum Strafrecht“.

Unterstützt von der „Hamburger Arbeitsgemeinschaft für Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger“, der Solidaritätsgruppe „family & friends Hamburg“ sowie dem „Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV)“.

Do, 9. Januar 2025, 19 Uhr

Universität Hamburg
Hörsaal Rechtshaus

Rothenbaumchaussee 33
20148 Hamburg

Jährlich finden Naziaufmärsche in Ungarn zum sogenannten „Tag der Ehre“ statt. erinnert werden soll an den 11. Februar 1945, an dem die Wehrmacht, SS und ihre ungarischen Verbündeten versucht haben, vor dem Vormarsch sowjetischer Truppen aus dem eingekesselten Budapest zu fliehen. Es ist ein internationales rechtsextremes Treffen europäischer Nazi-Netzwerke, geduldet von den ungarischen Behörden.

Ungarn, dem aktuell die Europäische Ratspräsidentschaft zusteht, verlangt von anderen Staaten die Auslieferung europäischer Gegendemonstrierender, denen die ungarische Justiz gewalttätige Angriffe auf Teilnehmende dieses Treffens am 13. Februar 2023 vorwirft. Während sich die italienische Justiz im Parallellfall Gabriele M. bisher geweigert hat, dem Auslieferungsersuchen nachzukommen, haben die deutschen Behörden Maja T. nach Ungarn ausgeliefert, ohne die Eil-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten, die dies vorläufig untersagte. In dem Auslieferungsersuchen ist von einer drohenden Haftstrafe von 24 Jahren die Rede. Weitere Beschuldigte halten sich verborgen, um einem ähnlichen Schicksal zu entgehen. Mittlerweile sind zwei weitere Beschuldigte in Haft.

Mit diesen Vorgängen sind persönliche und familiäre Schicksale verbunden, aber auch drängende juristische und politische Fragen, denen sich die Veranstaltung widmen will.

» Von welchen Verfahrensgarantien und Haftbedingungen soll im europäischen Rechtsraum die Auslieferung aufgrund eines europäischen Haftbefehls abhängen? Im Hinblick auf Ungarn erscheinen insbesondere die Dauer der Untersuchungshaft, die Haftbedingungen sowie das exorbitante Strafmaß problematisch.

» Welches ist der Stand der Reform des Internationalen Rechtshilfegesetzes?

» Wie können europäische Staaten, die sich im Inneren oft selbst mit rechts-extremen Entwicklungen konfrontiert sehen, als Vertreter einer demokratischen Wertegemeinschaft handeln, ohne die europäische Einheit aufs Spiel zu setzen?

Dr. Tarfusser und RA Richwin waren bzw. sind mit den jeweiligen Verfahren in Italien und Deutschland befasst und können aus erster Hand berichten. Prof. Heger und Frau Sielaff, die seit 2008 journalistisch zu Ungarn arbeitet, werden die juristischen und politischen Handlungsspielräume ausleuchten. Die Eltern einer beschuldigten Person berichten einleitend über die aktuelle Situation im gesamten Komplex.